Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/947

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

57. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 6. Februar 1963

58. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 7. Februar 1963

59. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 8. Februar 1963

I. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

I. 1. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Ist der Herr Bundesinnenminister bereit, die Verordnung über die Gewährung von Jubiläumszuwendungen dahin gehend zu ändern, daß die Zuwendung auch an Beamte gewährt werden kann, die auf Grund der bisherigen Bestimmungen nach dem 1. Oktober 1961 eine Dankurkunde erhielten, zumal der Gesetzgeber bei der Fassung des § 80 a des Bundesbeamtengesetzes bei der Zuerkennung der Jubiläumszulage ab 1. Oktober 1961 von der bisherigen Dienstzeitberechnung ausgegangen ist?

I. 2. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Hält die Bundesregierung an ihrer am 12. Februar 1962 geäußerten Auffassung fest, daß Bundesmittel zur Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sportstätten nur für Vorhaben im Inland Anwendung finden dürfen (vgl. Drucksache IV/206), obwohl inzwischen mehrere deutsche Sportvereine mit dem Bau von Turn- und Sportstätten, für die sie dringend Mittel benötigen, im Ausland begonnen haben und obwohl inzwischen eine weitere freundschaftliche Annäherung ausländischer Staaten an die Bundesrepublik erfolgt ist, die eine Pflege des Kontaktes zwischen der ausländischen und der deutschen Bevölkerung zum politischen Gebot macht?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

II. 1. Abgeordneter **Dürr**

Ist es richtig, daß beim Bundesstrafregister in regelmäßigen Abständen Anfragen von Verwaltungsbehörden eingehen, die sich danach erkundigen, ob die Zuverlässigkeit von Gewerbetreibenden im Sinne von § 35 Gewerbeordnung weiterhin gegeben sei?

II. 2. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Warum wird dem Deutschen Bundestag und der deutschen Öffentlichkeit der „Spiegel"-Bericht des Kabinetts in der Original-Fassung vorenthalten?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Abgeordneter **Dr. Kohut**

Konnten die Subventionen für Hartgrießweizen in Höhe von 19 200 000 DM im Rechnungsjahr 1961 nicht vermieden werden?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

Abgeordneter **Josten**

Wie beurteilt die Bundesregierung das Memorandum des Verbandes der Heimkehrer, daß in der Sowjetunion noch deutsche Kriegsgefangene verborgen zurückgehalten werden?

V. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

V. 1. Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Friedensburg**

Ist die Bundesregierung gewillt, dem Wunsch der Vereinten Nationen nach Beteiligung am Wirtschaftsboykott Katangas, durch den die Einheit des Kongogebietes wiederhergestellt werden soll, nur unter der ausdrücklichen Bedingung nachzukommen, daß sich die Vereinten Nationen verpflichten, sich in der gleichen Weise für die Wiederherstellung der deutschen Einheit einzusetzen?

V. 2. Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Friedensburg**

Ist die Bundesregierung bereit, bei den Verhandlungen wegen einer Unterstützung der Kongo-Aktion die Vereinten Nationen und auch die Weltöffentlichkeit auf den moralischen und rechtlichen Widersinn hinzuweisen, wenn für das Kongogebiet die staatliche Einheit durch internationalen Machteinsatz erzwungen werden soll, obwohl sie lediglich auf dem Zufall der Kolonialherrschaft beruht und weder stammesmäßig, noch sprachlich, noch wirtschaftlich, noch geschichtlich, noch mit dem Willen der unmittelbar betroffenen Bevölkerung begründet werden kann, während zahlreiche maßgebende Mitglieder der Vereinten Nationen gleichzeitig dem deutschen Volke trotz seines zweitausendjährigen Einheitsbewußtseins und trotz des Willens der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung die Anerkennung der Zweistaatentheorie zumuten?

V. 3. Abgeordneter **Ertl**

Was hält die Bundesregierung davon, daß gegen den deutschen Staatsbürger Herbert Lucht wegen seiner Berichterstattung über die Folterungen Südtiroler Häftlinge vom Staatsanwalt in Bozen ein Strafverfahren eingeleitet wurde wegen Schmähung des Carabinierkorps, Schmähung des italienischen Justizwesens und Schmähung der italienischen Republik?

V. 4. Abgeordneter **Liehr**

Beabsichtigt die Bundesregierung in Anknüpfung an die im Oktober 1962 veröffentlichte Dokumentation über die Verletzung der Menschenrechte durch die kommunistischen Machthaber in Deutschland eigene Initiativen folgen zu lassen, die sich insbesondere auf die Unrechtshandlungen und Zwischenfälle an der Berliner Sektorengrenze beziehen?

V. 5. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Ist die Bundesregierung bereit, eine detaillierte Übersicht über die Kosten in Höhe von 46 104,91 DM zu geben, die die Sonderdelegation zur Beisetzung des Königs Mohammed V. in Rabat ausgegeben hat?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VI. 1. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Welche finanziellen Auswirkungen hat die durch die mit etlichen Ländern bestehenden Doppelsteuerabkommen geförderte Steuerflucht aus der Bundesrepublik auf die Bundeshaushalte der letzten Jahre gehabt?

VI. 2. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Ist die Bundesregierung bereit, den in Frage kommenden Ländern entsprechende Änderungsverhandlungen vorzuschlagen?

VI. 3. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Sieht die Bundesregierung gegebenenfalls einen anderen Weg, die infolge der durch die Doppelsteuerabkommen geförderten Steuerflucht vorhandene Benachteiligung der Inlandsteuerzahler zu beseitigen?

VI. 4. Abgeordneter **Faller**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Vorratsfächer der DSG-Wagen in Trans-Europ-Expreßzügen, die der Aufbewahrung von Getränken, Genußmitteln usw. dienen, selbst beim Überschreiten der Grenzen von EWG-Ländern, beispielsweise auf der Fahrt von Köln über Lüttich nach Paris, noch immer versiegelt werden müssen?

VI. 5. Abgeordneter **Freiherr von Mühlen**

Hält es die Bundesregierung für vereinbar mit dem im Artikel 10 GG garantierten Brief- und Postgeheimnis, daß ein an eine Stuttgarter Privatadresse gerichteter Privatbrief aus der SBZ beim Zollamt Stuttgart-Post zollamtlich geöffnet und kontrolliert und erst danach dem Empfänger zugestellt wurde, wobei sich das Zollamt auf das Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote vom 24. Mai 1961 (BGBl. I S. 607) berief und, nach Beschwerdeführung des Empfängers, sein Vorgehen in einem hektographierten Schreiben (AZ O 3041 — A) damit begründete, daß nach diesem, das Grundrecht des Artikels 10 GG einschränkenden Gesetz „von wenigen Ausnahmen abgesehen praktisch jeder Brief (aus der SBZ) als verdächtig angesprochen werden kann"?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

VII. 1. Abgeordneter **Gscheidle**

Hält es die Bundesregierung für richtig, daß automatische Kupplungen und ähnliche Vorrichtungen nicht als „Zusatzgerät" angesehen werden, obwohl die Bedienung des Kraftfahrzeugs durch den Schwerbeschädigten verkehrspolizeilich von dem Vorhandensein einer solchen Kupplung abhängig gemacht und eine solche Zusatzeinrichtung laut Urteil des Sozialgerichts Heilbronn 5. Kammer vom 27. April 1961 (Az. S 5. / — V — 1395/60) als weitaus verkehrssicherer als mechanische Zusatzeinrichtungen anzusehen ist?

VII. 2. Abgeordneter **Gscheidle**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß einem Schwerbeschädigten (Oberschenkelamputierten) nach § 5 Abs. 3 Nr. 3 der Durchführungsverordnung zu § 13 BVG wohl die Kosten für die Instandsetzung mechanischer Zusatzeinrichtungen zum Führen eines Kraftfahrzeugs erstattet werden, nicht dagegen die Kosten für die Instandsetzung automatischer Zusatzeinrichtungen?

VII. 3. Abgeordneter **Fritsch**

Hält es die Bundesregierung weiterhin für vertretbar, Einkünfte aus Sparguthaben, die jährlich 120 DM insgesamt übersteigen, gemäß § 11 Abs. 2 der VO zur Durchführung des § 33 BVG vom 11. Januar 1961 bei der Feststellung der Ausgleichsrente zu berücksichtigen, insbesondere dann, wenn die Sparguthaben nachweisbar aus Renteneinkommen erzielt wurden?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

VIII. 1. Abgeordneter **Felder**

Welche Haltung nimmt angesichts vermehrter Kraftfahrzeugunfälle bei der Bundeswehr das Bundesverteidigungsministerium zur Verwendung von Sicherheitsgurten ein?

VIII. 2. Abgeordneter **Faller**

Billigt die Bundesregierung, daß die Bundeswehr in Tiengen (Hochrhein) von einem Industrieunternehmen Gelände aufkauft, das von der Gemeinde zu besonders niedrigem qm-Preis als Industrieförderungsmaßnahme an diese Firma abgegeben wurde?

VIII. 3. Abgeordneter **Faller**

Entspricht es den Maßhalteparolen der Bundesregierung, wenn ohne Rücksprache mit der Gemeindeverwaltung Tiengen (Hochrhein) von der dort stationierten Einheit der Bundeswehr ein qm-Preis bezahlt wird, der doppelt so hoch liegt wie der in diesem Gebiet übliche Preis?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

IX. 1. Abgeordneter **Hussong**

Was hat die Bundesregierung zur Konstituierung der mit Vertrag vom 21. Dezember 1961 vorgesehenen Bildung einer Internationalen Kommission zum Schutze der Saar vor Verunreinigung bisher getan bzw. was gedenkt sie zu tun, damit die Konstituierung dieser Kommission baldigst erfolgt und deren unverzügliche Arbeitsaufnahme ermöglicht wird?

IX. 2. Abgeordneter **Baier (Mosbach)**

Wieviel Unfälle mit tödlichem Ausgang sind in den letzten 10 Jahren dadurch entstanden, daß Zugreisende die Toilettentür des Eisenbahnwagens mit der Ausgangstür verwechselten und dabei aus dem Zug stürzten?

IX. 3. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Wie konnte es zur Unterversorgung der elektrifizierten Strecken der Bundesbahn mit Strom kommen, die jetzt zu Störungen im Betrieb und verringerter Wirtschaftlichkeit führt?

IX. 4. Abgeordneter **Ertl**

Inwieweit können beim Ausbau der B 11 die Wünsche der Stadt Freising auf beschleunigten Ausbau bzw. Neubau einer Umgehungsstraße im Bereich der Stadt Freising zur Entlastung der überaus unfallgefährdeten Ortsdurchfahrt berücksichtigt werden?

IX. 5. Abgeordneter **Gehring**

Sind der Bundesregierung die Verzögerungen bei dem Ausbau der Autobahnen Hansalinie und Sauerlandlinie bekannt, die dadurch entstehen, daß die Gebäude, die im Zuge dieser Autobahnen abgebrochen werden müssen, nach den jeweils ermittelten Verkehrswerten entschädigt werden?

IX. 6. Abgeordneter **Gehring**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Wiederherstellung von Gebäuden, die im Zuge des Ausbaus von Bundesautobahnen abgebrochen werden müssen, zu ermöglichen, ohne die Existenzfähigkeit der darin untergebrachten Betriebe zu gefährden?

IX. 7. Abgeordneter **Neumann (Allensbach)**

Aus welchen Gründen ist die Ausgabe von Sechserkarten für die Bundesbahnstrecke Niederjosbach (Ts) — Frankfurt (M) mit Wirkung vom 1. Januar 1963 eingestellt worden, während von den Bahnhöfen der Umlandgemeinden Niedernhausen (Ts) und Eppstein (Ts) nach wie vor Sechserkarten für Fahrten nach Frankfurt (M) ausgegeben werden?

IX. 8. Abgeordneter **Dr. Gleissner**

Wie weit sind die Verhandlungen der Bundesregierung mit den Ländern gediehen, um die Auslandswerbung für den Fremdenverkehr zu verbessern und ihre Finanzierung zu verstärken?

IX. 9. Abgeordneter **Dr. Gleissner**

Hat die Bundesregierung bereits Überlegungen hinsichtlich des zunehmenden Auseinanderklaffens der Schere zwischen dem deutschen Reiseverkehr in das Ausland und dem ausländischen Reiseverkehr nach Deutschland angestellt?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

X. 1. Abgeordneter **Blachstein**

Billigt die Bundesregierung, daß die Deutsche Bundespost spanische Gastarbeiter mit einem Muster-Arbeitsvertrag von mindestens einem Jahr Dauer anwirbt und diesen Arbeitern nach Ankunft in der Bundesrepublik neue Verträge für Postfacharbeiter für vorübergehenden Bedarf vorlegt, nach denen während der ersten 30 Tage das Arbeitsverhältnis täglich und später mit einer Woche Frist gekündigt werden kann?

X. 2. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Trifft die Meldung des „Westdeutschen Tageblattes", Dortmund, vom 20. Dezember 1962 zu, wonach Philatelisten nicht mehr leere Briefumschläge als Drucksache schicken dürfen, vielmehr durch Einstecken eines x-beliebigen Zettels die Drucksache vervollständigen müssen?

X. 3. Abgeordneter **Biegler**

Besteht die Möglichkeit, für ernste Anlässe (Todesfall etc.) außer dem vorhandenen Formular LX 18 durch die Deutsche Bundespost noch weitere Schmuckblattformulare herauszugeben, um eine größere Auswahl zu ermöglichen und damit einem Anliegen weiter Bevölkerungskreise zu entsprechen?

X. 4. Abgeordneter **Biegler**

Stimmt es, daß das Schmuckblatt-Formular LX 9 von der Deutschen Bundespost seit Herbst 1962 aus dem Verkehr gezogen ist?

X. 5. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Ist es richtig, daß die Deutsche Bundespost bei Störung im Selbstwählfernsprechdienst durch Kälteeinwirkung für handvermittelte Gespräche die doppelte Gebühr verlangt?

X. 6. Abgeordneter **Dürr**

Ist es richtig, daß eine Anordnung des Bundespostministeriums vorschreibt, daß handvermittelte Gespräche bei bestehendem Selbstwählbetrieb auch dann die doppelte Gebühr kosten, wenn der Selbstwählverkehr gestört ist?

X. 7. Abgeordneter **Freiherr von Mühlen**

Wie stellt sich der Herr Bundespostminister zu dem Vorschlag, die international gebräuchliche offizielle Adressenschreibung (in der Reihenfolge Name, Straße, Ort statt wie bisher Name, Ort, Straße) auch in der Bundesrepublik einzuführen?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XI. 1. Abgeordneter **Ritzel**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bundesärztekammer, wonach in der Bundesrepublik Deutschland ein erheblicher Ärzteüberschuß vorhanden sein soll?

XI. 2. Abgeordneter **Ritzel**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß es berechtigt ist, die Abiturienten vor der Ergreifung des Medizinstudiums zu warnen?

XI. 3. Abgeordneter **Wellmann**

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um den deutschen Verbraucher vor gesundheitsschädigenden ausländischen Lebens- und Genußmitteln oder Lebens- und Genußmittelfälschungen zu schützen?

Bonn, den 1. Februar 1963